

Umweltbericht

zur

**85. Änderung des Flächennutzungsplans
im Bereich des Bebauungsplans Nr. 42f
'östlich Engelings Haar – Teil II'**

Kreisstadt Steinfurt - Stadtteil Burgsteinfurt

Wirksamer Flächennutzungsplan

85. Änderung des Flächennutzungsplans

Münster, 5. September 2022

ENTWURF

Umweltbericht

zur 85. Änderung des Flächennutzungsplans der Kreisstadt Steinfurt im Bereich des B-Plans Nr. 42f

• Gliederung •

Proj.-Nr. 1716 ■ D:\bueroprojekte\2206\UB_FNP-85_V2.wpd - September 5, 2022

Entwurf - Aufgestellt:

Münster-Wolbeck, 5. September 2022

Projektleitung:



Ernst-Friedrich Schröder



arbeitsgruppe raum & umwelt

dipl.-geogr. ernst- friedr. schröder
am tiergarten 3 48167 münster
tel 02506 3747 fax 02506 304899
e-mail: info@aru-muenster.de
<http://www.aru-muenster.de>

Gliederung

1	Einleitung	1
1.1	Darstellung der Inhalte des Flächennutzungsplans	1
1.1.1	Ziele	1
1.1.2	Änderungsbereich	1
1.1.3	Darstellungen	2
1.1.4	Standort, Art, Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden	3
1.2	Darstellung der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten und für den Plan relevanten Ziele des Umweltschutzes	3
2	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen	8
2.1	Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands - Basisszenario	8
2.1.1	Mensch und Gesundheit	8
2.1.2	Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	10
2.1.3	Fläche	11
2.1.4	Boden	11
2.1.5	Wasser	13
2.1.6	Klima und Luft	14
2.1.7	Landschaft	15
2.1.8	Kultur- und Sachgüter	16
2.1.9	Wirkungsgefüge und Wechselwirkungen	16
2.1.10	Prognose des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung	17
2.2	Prognose des Umweltzustands bei Durchführung der Planung	17
2.2.1	Beschreibung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen	18
2.2.1.1	Bau-, anlage- und abrissbedingte Auswirkungen	18
2.2.1.2	Weitere Auswirkungen	19
2.2.2	Zusammenfassung und Bewertung der Umweltauswirkungen	19
2.2.3	Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB	20
2.3	Aufzeigen der geplanten Maßnahmen zur Vermeidung/Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Auswirkungen	20
2.4	Aufzeigen u.U. verbleibender erheblicher Umweltauswirkungen	20
2.5	Darstellung anderweitig in Betracht kommender Planungsmöglichkeiten	21
2.6	Beschreibung erheblicher nachteiliger Auswirkungen infolge von Unfällen, Störfällen und Katastrophen	21

3	Zusätzliche Angaben	22
3.1	Beschreibung von angewandten Verfahrensmerkmalen und Methoden sowie Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben	22
3.2	Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der planbedingten erheblichen Umweltauswirkungen	22
3.3	Allgemein verständliche Zusammenfassung	22
3.4	Aufzeigen der Referenzliste und verwandten Quellen	26

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abb. 1:	Lage und Abgrenzung des 85. FNP-Änderungsbereiches	2
Tab. 2:	Ziele des Umweltschutzes	4
Abb. 2:	Auszug aus dem Regionalplan Münsterland (<i>BEZIRKSREGIERUNG MÜNSTER 2014</i>)	6
Abb. 3	Vorgesehene 85. FNP-Änderung (<i>STADT STEINFURT 2022</i>)	6
Tab. 2:	Biotoptypen	11
Abb. 4:	Ortsbild	15

1 EINLEITUNG

Das Baugesetzbuch sieht in seiner aktuellen Fassung vor, dass für die Belange des Umweltschutzes im Rahmen der Aufstellung oder Änderung der Bauleitpläne nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB eine Umweltprüfung (UP) durchgeführt wird, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Insofern ist für die 85. Änderung des Flächennutzungsplans der Kreisstadt Steinfurt, die sich aus räumlicher Sicht auf den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar – Teil II' bezieht, eine entsprechende Umweltprüfung vorzunehmen. Deren Ergebnisse werden in dem nachfolgenden Umweltbericht gem. der gesetzlichen Anlage nach § 2a S. 2 in Verb. mit § 2 Abs. 4 BauGB festgehalten und bewertet.

1.1 Darstellung der Inhalte des Flächennutzungsplans

1.1.1 Ziele

Die Kreisstadt Steinfurt verfolgt mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar - Teil II' das Ziel, auf dem Gelände des Schützenplatzes am Engelings Haar Planungsrecht für einen Spielplatz zu schaffen, der ursprünglich auf dem Flurstück 403, Flur 1, Gemarkung Burgsteinfurt festgesetzt war. Da diese Fläche nun in ein Allgemeines Wohngebiet umgewidmet wird – dies erfolgt im Rahmen des ersten Änderungsverfahrens zum rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 42b 'Terbergerstraße / nördlicher Teil' – wird nun eine Verlagerung auf den in unmittelbarer Nähe liegenden Schützenplatz des Vorstädter Schützenvereins erforderlich.

Für diesen Schützenplatz weist der wirksame Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Steinfurt jedoch eine 'gewerbliche Baufläche' aus. Vor diesem Hintergrund wird nun – parallel zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar - Teil II' – eine Änderung des Flächennutzungsplans in der Form erforderlich, dass dieser Bereich zukünftig als Grünfläche mit der Zweckbestimmung 'Spielplatz' gemäß § 5 (2) Nr. 5 BauGB dargestellt werden soll (STADT STEINFURT 2022).

1.1.2 Änderungsbereich

Der hier relevante Änderungsbereich wird durch den heutigen Schützenplatz definiert und umfasst die Flurstücke 230, 231 (tlw.) und 232 (tlw.) mit einer Größe von 4.475 m².

Auf der Ostseite wird der Planänderungsbereich von der Steinfurter Aa und auf seiner Südseite von den Flurstücken 374, 395 und 394 begrenzt, während die Grenzen auf der Westseite durch die Flurstücke 371, 370, 231 und 402 gebildet werden.

Die Lage im Stadtgebiet wird durch die nachfolgende Abbildung 1 ersichtlich. Gleichzeitig wird dort auch die Abgrenzung des FNP-Änderungsbereiches gezeigt.

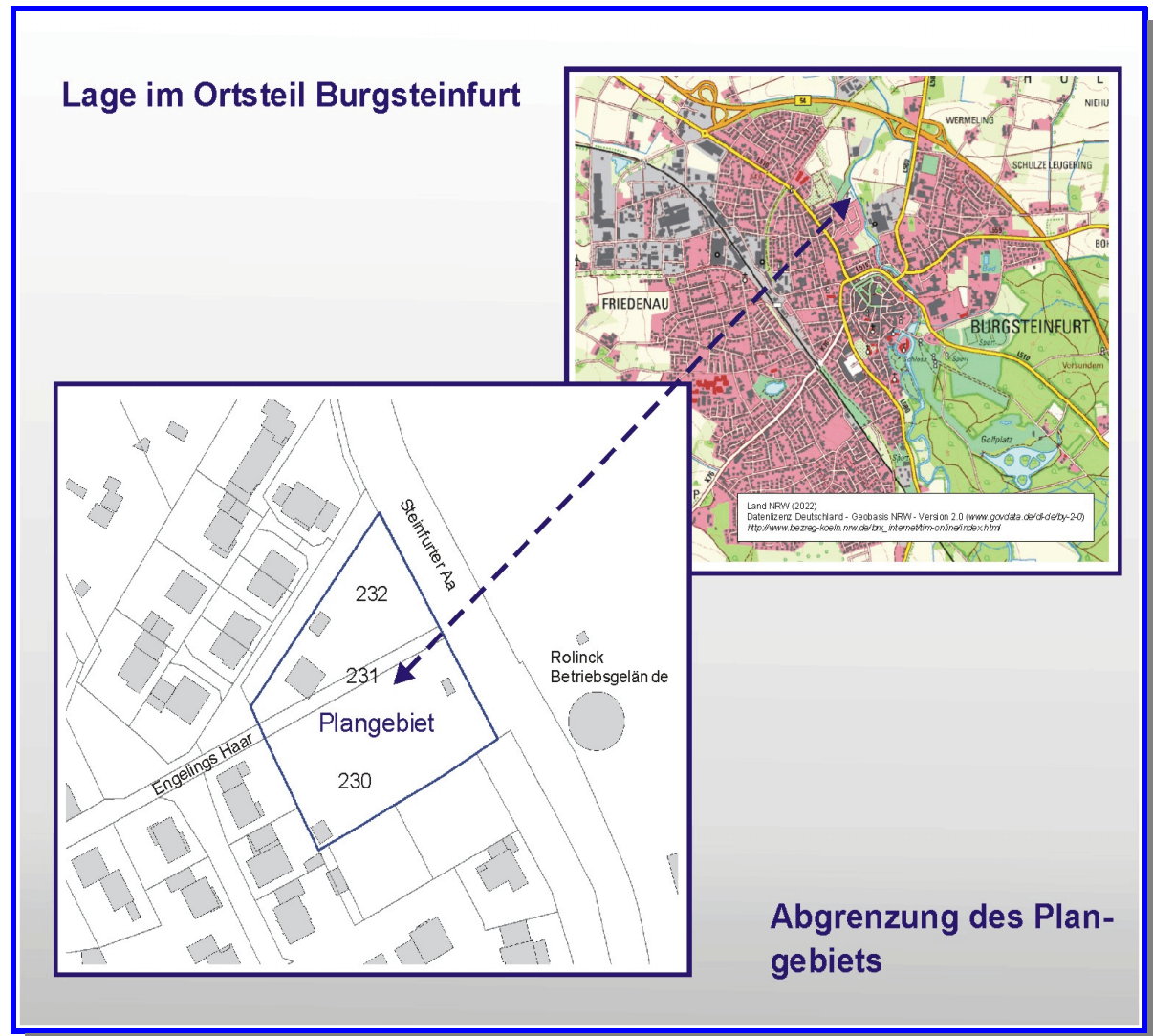


Abb. 1: Lage und Abgrenzung des 85. FNP-Änderungsbereiches

1.1.3 Darstellungen

Im Rahmen der 85. Änderung wird nun die o.g. Grünfläche mit der Zweckbestimmung 'Spielplatz' gemäß § 5 (2) Nr. 5 BauGB dargestellt. Eine konkrete Anlagenplanung innerhalb der dargestellten Grünfläche berührt nicht die Vorgaben und den Regelungsinhalt des Flächennutzungsplans als vorbereitenden Bauleitplan. Insofern wird auf den nachgelagerten Bebauungsplan Nr. 42 f 'östlich Engeling's Haar – Teil II' verwiesen (STADT STEINFURT 2022).

1.1.4 Standort, Art, Umfang sowie Bedarf an Grund und Boden

Der Änderungsbereich des Flächennutzungsplans bezieht sich auf einen Standort, der im Nahbereich der Steinfurter Aa gelegen bis in den 1990er Jahre als Kläranlage genutzt wurde, dessen Infrastruktur jedoch 1996 abgebrochen und die zugehörigen Klärbecken verfüllt worden sind.

Im Anschluss sind die Flächen begrünt worden und werden seitdem vom Schützenverein als Freifläche genutzt. Eine gewerbliche Nutzung hat bisher nicht stattgefunden.

Zukünftig soll dieser Standort weiterhin als Frei- bzw. Grünfläche genutzt werden, ein Aspekt, der durch die entsprechende Festsetzung im aufzustellenden Bebauungsplan Nr. 42f 'östlich Engelings Haar – Teil II' und im Rahmen der parallel dazu durchzuführenden FNP-Änderung auch planungsrechtlich verankert werden soll.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans und der Änderungsbereich des Flächennutzungsplans umfassen annähernd die identischen Flurstücke und haben insofern fast den selben Umfang, wobei sich der Planbereich des Bebauungsplans etwas weiter in den Böschungsbereich der Steinfurter Aa erstreckt.

Der Bedarf an Grund und Boden für den vorgesehenen Änderungsbereich des FNP ist mit 4.170 m² zu beziffern.

1.2 Darstellung der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten und für den Plan relevanten Ziele des Umweltschutzes

Innerhalb der Fachgesetze werden für die Schutzgüter Ziele und allgemeine Grundsätze formuliert, die im Rahmen der nachfolgenden Prüfung Berücksichtigung finden müssen (s. Tabelle 2).

Insbesondere im Rahmen der Bewertung sind vor allem solche Ausprägungen und Strukturen auf der einzelnen Schutzgutebene hervorzuheben, die im Sinne des jeweiligen Fachgesetzes eine besondere Rolle als Funktionsträger übernehmen (z.B. geschützte oder schutzwürdige Biotope als Lebensstätte streng geschützter Arten oder bedeutungsvolle Grundwasserleiter in ihrer Rolle im Naturhaushalt oder als Wasserlieferant). Deren Funktionsfähigkeit ist unter Berücksichtigung der gesetzlichen Zielaussagen zu schützen, zu erhalten und ggf. weiter zu entwickeln.

Folgende Zielaussagen der Fachgesetze sind relevant (s. dazu Tab. 1).

Tab. 1: Ziele des Umweltschutzes

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Mensch	Baugesetzbuch Bundesimmissionsschutzgesetz incl. Verordnungen TA Lärm DIN 18005 LAI Freizeit-Lärm-Richtlinie	Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes sowie der Freizeit und Erholung bei der Aufstellung der Bauleitpläne, insbesondere die Vermeidung von Emissionen. Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen). Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge. Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung vor allem am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll. Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor Freizeitlärm.
Tiere und Pflanzen	Bundesnaturschutzgesetz / Landesnaturschutzgesetz NW Baugesetzbuch FFH-RL VogelSchRL	Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlagen des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, dass <ul style="list-style-type: none"> die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensstätten und Lebensräume sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Des weiteren sind die Belange des Arten- und Biotopschutzes zu berücksichtigen. Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere <ul style="list-style-type: none"> die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt sowie die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen in § 1 Abs. 7 Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach Bundesnaturschutzgesetz) die Biologische Vielfalt zu berücksichtigen. Sicherung der Artenvielfalt durch Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen. Schutz und Erhaltung sämtlicher wildlebender, heimischer Vogelarten und ihrer Lebensräume.
Boden	Bundesbodenschutzgesetz incl. Bundesbodenschutzverordnung Baugesetzbuch	Ziele des BBodSchG sind <ul style="list-style-type: none"> der langfristige Schutz oder die Wiederherstellung des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tiere, Pflanzen, Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz), Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, Standorte für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen, der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen, Vorsorgeregulungen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen, die Förderung der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten, sowie dadurch verursachter Gewässerverunreinigungen. Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden. Außerdem dürfen landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnungszwecke genutzte Flächen nur im notwendigen Ausmaß für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden. Zusätzliche Anforderungen entstehen des weiteren durch die Kennzeichnungspflicht für erheblich mit umweltgefährdeten Stoffen belastete Böden.

zur 85. Änderung des Flächennutzungsplans der Kreisstadt Steinfurt im Bereich des B-Plans Nr. 42f

- Einleitung •

Schutzgut	Quelle	Zielaussage
Wasser	Wasserhaushaltsgesetz Landeswassergesetz incl. Verordnungen Baugesetzbuch	Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen. Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne sowie Berücksichtigung von wirtschaftlichen Belangen bei den Regelungen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.
Luft	Bundesimmissionsschutzgesetz incl. Verordnungen TA Luft Baugesetzbuch	Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen). Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen sowie deren Vorsorge zur Erzielung eines hohen Schutzniveaus für die gesamte Umwelt. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne.
Klima	Landesnaturschutzgesetz NRW Baugesetzbuch	Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes (und damit auch der klimatischen Verhältnisse) als Lebensgrundlage des Menschen und als Grundlage für seine Erholung. Berücksichtigung der „Verantwortung für den Klimaschutz“ sowie Darstellung klimaschutzrelevanter Instrumente.
Landschaft	Bundesnaturschutzgesetz / Landesnaturschutzgesetz NRW Baugesetzbuch	Schutz, Pflege, Entwicklung und ggfs. Wiederherstellung der Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sowie Aufbau des Biotop- incl. einschließlich des Wildtierverbundes und Förderung der Biodiversität. Erhaltung und Entwicklung des Orts- und Landschaftsbildes im Rahmen der Bebauungsplanung. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne und Anwendung der Eingriffsplanung bei Eingriffen in das Landschaftsbild.
Kultur- und Sachgüter	Baugesetzbuch Bundesnaturschutzgesetz	Schutz von Kultur- und Sachgütern im Rahmen der Orts- und Landschaftsbilderhaltung und -entwicklung. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne. Erhaltung historischer Kulturlandschaften und -landschaftsteile von besonders charakteristischer Eigenart sowie der Umgebung geschützter oder schützenswerter Kultur-, Bau- und Bodendenkmäler, sofern dies für die Erhaltung der Eigenart des Denkmals erforderlich ist.

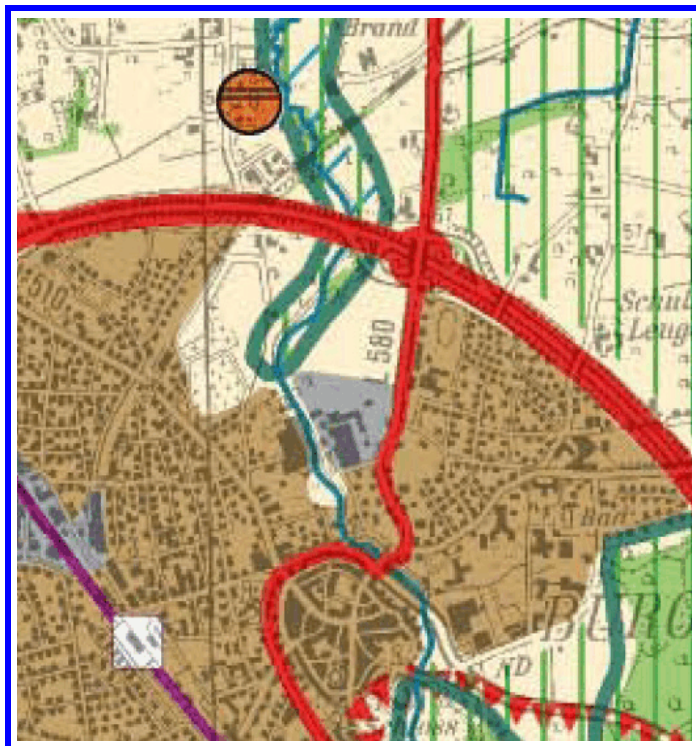


Abb. 2: Auszug aus dem Regionalplan Münsterland (BEZIRKSREGIERUNG MÜNSTER 2014)

Der Planänderungsbereich ist im Regionalplan Münsterland als Allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesen (s. dazu auch Abb. 2), so wie auch das gesamte südlich und westlich angrenzende Stadtgebiet von Burgsteinfurt.

Nördlich angrenzend wird der Raum als Agrarbereich sowie nördlich und nordöstlich – in einem die Steinfurter Aa begleitenden Streifen – als Bereich zum Schutz der Natur und als Erholungsbereich dargestellt.

Der Standort der Kläranlage befindet sich nördlich der B 54 und westlich der Steinfurter Aa. Die L 580 und die B 54 werden als bestehende Straßen für den vorwiegend großräumigen Verkehr ausgewiesen (BEZIRKSREGIERUNG MÜNSTER 2014).

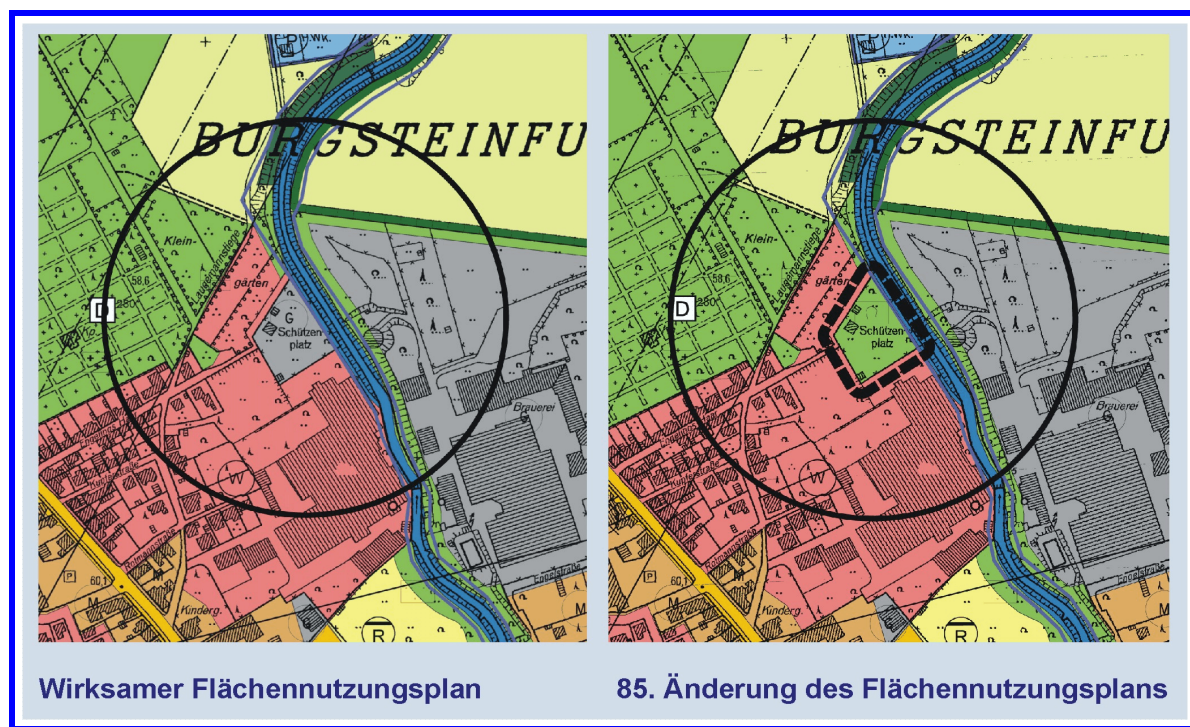


Abb. 3: Vorgesehene 85. FNP-Änderung (STEINFURT 2022)

Der Flächennutzungsplan (FNP) der Kreisstadt Steinfurt greift diese Vorgaben im Grundsatz auf, stellt jedoch den Planänderungsbereich als gewerbliche Baufläche dar. Diese Ausweisung soll nun in Öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung 'Spielplatz' geändert werden (siehe dazu auch Abbildung 3).

Alle weiteren benachbarten und westlich der Steinfurter Aa gelegenen Flächen werden – mit Ausnahme der Grünflächen des Flurstücks 403 und des nordwestlich angrenzenden Friedhofs – als Wohnbauflächen dargestellt (*STADT STEINFURT 2000*).

Für den Planänderungsbereich und dessen direktes Umfeld existieren aus den Bereichen des Wasser-, Immissionsschutz- und Abfallrechtes mit Ausnahme eines schmalen Streifens entlang der Steinfurter Aa, der als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen ist, keine weitergehenden Ziele aus relevanten Fachplänen. Auch aus der Landschaftsplanung ergeben sich keine weiteren Vorgaben, da auf dem Gebiet der Kreisstadt Steinfurt kein Landschaftsplan besteht.

Schutzgebiete in Form von Natur- und Landschaftsschutzgebieten oder Gebiete, die zur Schutzgebietskategorie Natura-2000 gehören, sind im Plangebiet und auch dessen Umfeld nicht vorhanden. Auch existieren keine Naturdenkmäler.

Der Auenbereich der Steinfurter Aa, d.h. das Fließgewässer und seine Uferböschungen, ist Bestandteil des Biotopkatasters des Landes NRW und gehört darüber hinaus auch zum landesweiten Biotopverbund (*LANUV 2018a*). So wird dieser Bereich im Biotopkataster unter der Objektbezeichnung 'Steinfurter Aa nördlich Burgsteinfurt' (BK-3709-0127) geführt und als nsg-würdig eingestuft. In dem Abschnitt des Ortsteils Burgsteinfurt fließt die Steinfurter Aa nur teilweise in einem naturnahen Bachbett, wird jedoch vielfach von einem älteren, parkartigen Baumbestand gesäumt. In diesem Gewässerabschnitt sind Staustufen mit zwei Fischtreppen und gelegentlich Uferbefestigungen vorhanden; in Stillwasserzonen breiten sich verschiedene Wasserpflanzen aus. Erst außerhalb des Siedlungsgebietes ist zunächst ein teils durch Gehölze begleitetes, relativ geradliniges Trapezprofil mit Hochstauden, später (nördlich der B 54) ein überwiegend naturnahes und unbefestigtes Bachbett vorhanden. Demzufolge wird der Steinfurter Aa – als teils naturnahes Biotop mit bachbegleitenden Gehölzen – eine herausragende Bedeutung für den Biotopverbund und eine insgesamt regionale Bedeutung mit mäßiger Beeinträchtigung attestiert (*LANUV 2018a*).

Demzufolge ist sie weiterhin auch im landesweiten Biotopverbund mit der Objektbezeichnung 'Steinfurter Aa zwischen Steinfurt und Wettringen mit angrenzendem NSG Seller Feld' (VB-MS-3709-014) gelistet. Auf diesen Bereich bezieht sich auch die entsprechende Beschreibung dieses Bachlaufs, der als größtenteils naturbetont bis bedingt naturnah, zumeist mit windungsreichem Lauf in einer strukturreichen Aue, häufig durch markante Böschungen begrenzt und lokal auch mit naturnahen Flussabschnitten beschrieben wird (*LANUV 2018a*).

2 BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN

2.1 Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustands - Basisszenario

Der Planänderungsbereich, der sich als innerstädtische Frei- bzw. Grünfläche darstellt, setzt sich aus unterschiedlich genutzten Teilbereichen zusammen. Diesbezüglich sind die folgenden Detailnutzungen bzw. Strukturen im Bereich des Schützenplatzes und der Wegeparzelle entlang der Steinfurter Aa voneinander zu unterscheiden (s. dazu auch Anlage 01 des UB zum B-Plan):

- Befestigter Vorplatz, bestehend aus einer wassergebundenen Decke bzw. gepflasterten Bereichen u.a. mit Anschluss an das Vereingebäude, eine Remise und ein Nebengebäude in der Südostecke,
- Rasenflächen im gesamten zentralen Bereich,
- Gehölzbestände in Form von Baumreihen im nordwestlichen- und westlichen sowie von Heckenstrukturen im südlichen Randbereich,
- Fußweg aus wassergebundener Decke auf der Ostseite des Planänderungsbereiches mit breitem Saumbereich im Böschungsbereich zur Steinfurter Aa.

2.1.1 Mensch und Gesundheit

Aus Sicht der Wohn- und Wohnumfeldfunktionen befindet sich innerhalb des Planänderungsbereiches keine entsprechende Bebauung. So besteht zwar dort neben einer Remise und einem Container ein Gebäude, jedoch wird dies vom ansässigen Vorstädter Schützenverein als Vereinshaus genutzt. Eine Wohnung existiert innerhalb dieses Gebäudes nicht.

Auch die angrenzenden Freiflächen sind im Sinne einer Wohnumfeldfunktion nicht nutzbar, da bisher keine öffentliche Zugänglichkeit auf das Gelände besteht, da es vollständig eingefriedet und lediglich durch abgeschlossene Tore zugänglich ist. Vor diesem Hintergrund fungiert die Fläche innerhalb der umgebenden Wohnbebauung als unbebaute Abstandsfläche ohne nennenswerte Bedeutung hinsichtlich etwaiger Wohn- und Wohnumfeldfunktionen.

Erholungsfunktionen sind demzufolge aufgrund mangelnder Betretbarkeit des Schützenplatzes ebenfalls nicht vorhanden, können jedoch im Bereich des östlich angrenzenden Seitenwegs der Steinfurter Aa wahrgenommen werden. Dieser schafft eine freiraumorientierte, außerhalb befahrener Straßen gelegene und naturbetonte fußläufige Verbindung zwischen Innenstadt und nördlich gelegenem Landschaftsraum, der selbst nördlich der B 54 über die Laugemannstiege und Lange Stiege gut erreichbar ist.

Darüber hinaus sind im Planänderungsbereich entsprechende Freizeitmöglichkeiten zumindest für einen Teil der Bevölkerung bzw. die Mitglieder des Vorstädter Schützenvereins vorhanden. Insofern können Schützenfeste und weitere, auf dem Gelände stattfindende kulturell-gesellschaftliche Veranstaltungen – im weitesten Sinne auch eine spezifische Form von Freizeitaktivität bzw. -gestaltung – wahrgenommen werden. Dabei dürfte während bestimmter Wochenenden mit entsprechend vielen Beteiligten und auch Zuschauern zu rechnen sein, während das Gelände vermutlich in der Woche weniger intensiv genutzt werden wird. Somit ist der Funktionswert des größten Teils des Planänderungsbereiches aus Sicht der allgemeinen Naherholung als sehr gering, für den östlich angrenzenden Seitenweg als hoch zu bewerten und hinsichtlich der Möglichkeiten einer aktiven Freizeitgestaltung als mittelmäßig einzustufen.

Vorbelastungen für den Menschen sind sehr unterschiedlich und als heute schon vorhandene Beeinträchtigungen zu verstehen, die zu einer Minderung der Wohn- und Erholungsfunktion bzw. -qualität eines Raumes führen und ggf. auch zu einer allgemeinen bzw. gesundheitlichen Belastung des Menschen beitragen können. Hier sind in erster Linie Lärm, verursacht von Straßen sowie Industrie- und Gewerbeanlagen, daneben aber auch lufthygienische und lokalklimatische Belastungen (Effekte des Siedlungsklimas), Gerüche und visuelle Einwirkungen (durch z.B. Hochspannungsleitungen) und alle Formen von Altlasten und Altstandorten zu subsumieren.

Im Hinblick auf den Faktor Lärm bzw. Geräusche sind keine Beeinträchtigungen zu erwarten, da sich Straßen und entsprechende Gewerbeflächen in ausreichender Entfernung befinden. So konnten auch im Rahmen einer schalltechnischen Untersuchung zur Änderung des Bebauungsplans 'Niedermühle' keine Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 – auch nach Realisierung zukünftiger Erweiterungen und Berücksichtigung aller Emissionsquellen – festgestellt werden (*UPPENKAMP UND PARTNER 2018A*).

Auch das Ergebnis einer parallel durchgeführten Geruchsimmissionsprognose zeigt, dass der Immissionswert der Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) für Wohn- und Mischgebiete eingehalten werden kann (*UPPENKAMP UND PARTNER 2018B*). Vor diesem Hintergrund wird auch diesbezüglich keine erhebliche Geruchsbelästigung abgeleitet.

Neben den planungsrelevanten Aspekten Lärm und Gerüche ist auch die weitere lufthygienische Situation im Planänderungsbereich von Bedeutung. Diese dürfte neben der allgemeinen Hintergrundbelastung durch die beiden Hauptemittenten Verkehr und Industrie gekennzeichnet sein. Von einer besonderen Belastung infolge der Anreicherung straßenverkehrsbedingter oder gewerblich erzeugter Luftschadstoffe mit regelmäßiger Überschreitung der geltenden Grenzwerte ist jedoch – selbst bei ungünstigen Austauschverhältnissen (z.B. windschwache Inversionswetterlagen im Winter) – nicht auszugehen.

Schließlich sind auch keine erhöhten Belastungssituationen aus bioklimatischer Sicht zu erwarten (z.B. Hitzestress bei hochsommerlichen Hochdruckwetterlagen), zum einen bedingt aufgrund der Lage am Siedlungsrand und zum anderen aufgrund der freiraumorientierten Nutzung mit Rasenflächen und Baumbestand.

2.1.2 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Tiere, Habitate und Habitatfunktionen

Im Rahmen der Biotop- und Nutzungskartierung, die im Winter und Frühjahr 2022 vorgenommen wurden, ist eine Aufnahme der sich im Planänderungsbereich befindlichen Bäume durchgeführt worden. Ziele dieser Begehungen bestanden zum einen darin, das etwaig bestehende Potenzial als Horst- und Höhlenbaum zur Einschätzung etwaig entstehender artenschutzrechtlich relevanter Konflikte gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG zu ermitteln und zum anderen eine Beurteilungsbasis zur Abschätzung möglicher Eingriffe in diese Gehölzstruktur zu erhalten. Als Ergebnis dieser Bestandsaufnahme wurde festgestellt, dass im Planänderungsbereich eine Reihe jüngerer bis mittelalter Bäume existieren. Diese weisen allerdings keine Horste, Nester oder Nisthilfen für Singvögel und auch kein bemerkenswertes Quartierpotenzial für Fledermäuse auf. Demgegenüber konnte jedoch im Bereich der Hecke auf der Südseite des Planänderungsbereiches ein Vogelnest (vmtl. Taube) nachgewiesen werden. In dem im Planänderungsbereich gelegenen Gebäude (Vereinhaus) sind weitere Vogelnester und ein Quartierpotenzial u.a. für Gebäude bewohnende Fledermäuse ermittelt worden.

Artenschutz

Im Rahmen der parallel durchgeführten artenschutzrechtlichen Betrachtung wurde – unter Berücksichtigung der Vorgaben nach KAISER (2021), KIEL (2007) und MKULNV (2010) – nach Auswertung des Fachinformationssystems (FIS) des LANUV und einer entsprechenden Ortsbegehung festgestellt, dass bei einigen Fledermäusen und planungsrelevanten Vogelarten davon auszugehen ist, dass sie zwar innerhalb des Planänderungsbereiches möglicherweise vorkommen können, jedoch im Rahmen der Umsetzung der Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar – Teil II' nicht betroffen sein werden und damit auch keine artenschutzrechtlich relevanten Konflikte zu erwarten sind. Dies ist dadurch begründet, dass weder potentiell als Fortpflanzungs- und Ruhestätte nutzbare Gebäude- noch Baumsubstanz entfernt werden und auch keine essenziell bedeutsamen Nahrungsflächen für Fledermäuse oder Vögel verloren gehen.

Pflanzen, Biotope und Biotopfunktionen

Die Biotoptypen wurden - so wie oben schon erwähnt - im Winter und Frühjahr 2022 unter Berücksichtigung der Kartieranleitung des LANUV 'Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW' (LANUV 2008) aufgenommen. Dazu wurden die sich im Änderungsbereich des Flächennutzungsplans befindlichen Biotopstrukturen detailliert kartiert.

Hervorzuheben sind hier zwei Baumreihen mit lebensraumtypischen Gehölzen am westlichen und nördlichen Gebietsrand. Hier wachsen in erster Linie Bergahorn (*Acer pseudoplatanus*) und Hainbuche (*Carpinus betulus*) und vereinzelt Stieleichen (*Quercus robur*). Darüber hinaus ist eine strukturreiche Hecke im südlichen Teil des Planänderungsbereiches zu nennen.

Folgende Auflistung zeigt die im Planänderungsbereich vorkommenden Biotoptypen, deren Lage in der beiliegenden Biotoptypenkarte des UB zum B-Plan (dort Anlage 1) zeichnerisch dargestellt werden.

Tab. 2: Biotoptypen

Code	Nutzung	Code	Nutzung
1.1	Gebäude	2.4	Saum
1.1	Versiegelte Fläche	4.5	Rasenfläche
1.3	Weg, teilversiegelt	7.2	Gehölz / Hecke mit lebensraumuntypischen Baumarten

2.1.3 Fläche

Mit der Aufnahme des Schutzgutes 'Fläche' in den Katalog der zu berücksichtigenden Umweltbelange im Rahmen der Umweltprüfung wird die Bodenschutzklausel nach §1a Abs. 2 BauGB stärker instrumentalisiert. Das Ziel eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden soll damit intensiver verfolgt werden, um vor allem der fortdauernden Inanspruchnahme land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen entgegenzuwirken. Im Baugesetzbuch heißt es dazu, dass die Möglichkeiten der Innenentwicklung durch die Städte und Gemeinden durch die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung und andere Maßnahmen – auch im Hinblick auf eine Begrenzung der Bodenversiegelung – stärker betrieben werden sollen.

Mit der Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar - Teil II' wird dieser Zielsetzung zwar nicht entsprochen, da hier keine baulichen Maßnahmen im Sinne einer Binnenverdichtung – so wie im direkten Umfeld mit der Entwicklung von Wohnbauflächen auf ehemaligen Gewerbestandorten – stattfinden, gleichzeitig wird jedoch auch keine weitere Inanspruchnahme von Flächen im benachbarten Landschaftsraum und damit von land- und/oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen vorgenommen. Unabhängig davon wird jedoch dem o.g. Ziel einer Begrenzung der Bodenversiegelung entsprochen, die im vorliegenden Fall mittelbar zu einer gewissen Gliederung der benachbarten Neubausiedlungen führt und von der im Sinne einer Stadtgestaltung durch Grünflächen und einer Beibehaltung lokalklimatischer Ausgleichsfunktionen positive Auswirkungen ausgehen.

2.1.4 Boden

Im Planänderungsbereich haben sich nach Angaben der digitalen Bodenkarte NRW aus den vorhandenen oberflächennahen Ausgangsmaterialien – es handelt sich hierbei um holozäne Bachablagerungen und Plaggenauftrag – zwei unterschiedliche Bodentypen entwickelt:

- Gley, vereinzelt Anmoorgley im östlichen und insgesamt größeren Teil des Planänderungsbereiches [G521GW2] sowie
- Grauer Plaggenesch, zum Teil Brauner Plaggenesch über Gley-Braunerde und Gley-Podsol im westlichen Teil des Planänderungsbereiches [oE833GW4] (ELWAS 2022).

Eine nähere Charakterisierung dieser Bodentypen ist dem Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 42f zu entnehmen.

Der Plaggenesch, der nordwestlich von Burgsteinfurt großflächig auftritt, nimmt den westlichen Teile des Planänderungsbereiches ein. Ansonsten dominiert hier ein Gleyboden, der die Steinfurter Aa als schmales Band begleitet. Beide Bodentypen dürften jedoch nur noch in kleinen Teilbereichen natürlich ausgeprägt sein, da es sich hier um den ehemaligen Standort der Kläranlage von Burgsteinfurt handelt, die durch inzwischen zurückgebaute Betonbecken, Gebäude, weitere bauliche Anlagen und Bewegungsflächen gekennzeichnet war. Darüber hinaus sind die Böden auch noch durch die heute bestehenden Gebäude und den nicht unerheblichen Anteil versiegelter Flächen anthropogen beeinflusst. In der Summe ist somit davon auszugehen, dass die natürlichen Bodeneigenschaften nicht mehr vorhanden oder aber stark gestört sind.

Da es sich hier um einen ehemaligen Standort einer Kläranlage mit Pumpwerk handelt, wurde eine orientierende Altlastenuntersuchung vorgenommen. Dafür wurden mit Hilfe von Rammkernsondierungen sowohl Bodenluftproben aus den Bohrlöchern als auch Oberbodenmischproben im Bereich der geplanten Spielplatzfläche entnommen und analysiert. Im Anschluss erfolgte eine Analyse hinsichtlich der für die Bewertung des Wirkungspfades Boden-Mensch relevanten Parameter. Darüber hinaus wurden Mischproben aus Baggerschürfen genommen und auf ihre abfallrechtliche Deklaration hin untersucht.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass dort bei der derzeitigen als auch bei der geplanten Nutzung eine Gefährdung für die menschliche Gesundheit gemäß BBodSchV über die Wirkungspfade Boden-Mensch oder Boden-Bodenluft-Mensch auf Basis der Ergebnisse nicht erkennbar ist und dass aufgrund der Einstufung des humosen Oberbodens als Z2-Material gem. LAGA im Falle von Tiefbauarbeiten erhöhte Entsorgungskosten für das anfallende Bodenmaterial zu erwarten sind (vgl. dazu WESSLING 2022).

Eine Bewertung der ökologischen Bodenfunktionen wird aufgrund der oben beschriebenen, anthropogen bedingten Vorbelastung – hier ist großflächig von Versiegelung, Überbauung und Auffüllungsböden auszugehen – nicht vorgenommen.

Auch die Schutzwürdigkeit der Böden, die im vorliegenden Fall für den Plaggenesch mit sehr hoher Bedeutung hinsichtlich seiner Funktion als Archiv der Kulturgeschichte bewertet wurde, wird aus den hier genannten Gründen für große Teil des Planänderungsbereiches als nicht relevant eingestuft.

2.1.5 Wasser

Aus hydrogeologischer Sicht gehört der Planänderungsbereich zum Grundwasserkörper 'Münsterländer Oberkreide / Altenberger Höhenzug' (Nr. 928-22), der sich über weite Teile des Kern-Münsterlandes erstreckt. Der Planänderungsbereich befindet sich in dessen nordwestlichem Teil mit Schichten der Burgsteinfurt-Formation, die aus z.T. kalkigen Tonmergelsteinen bestehen und als Grundwasserleiter keine Bedeutung aufweisen. Erst in seiner nördlichen Randzone, damit möglicherweise auch innerhalb des Planänderungsbereiches, wechselt die Fazies zu einem mergeligen bis sandigen Trümmerkalkstein, der eine gering zunehmende Wasserführung besitzt. Diese Schichten stellen das untere Grundwasserstockwerk mit einer als gut bewerteten Grundwassermenge, aber schlechter Qualität dar (*ELWAS 2022*).

In der Regel werden diese Kreide-Formationen von drenthe-stadialem, teils bis zu 10 m mächtigem Grundmoränematerial überlagert, an dessen Basis häufig 0,5 m mächtige Vorschütt-sande auftreten. Diese bilden das obere Grundwasserstockwerk, zum Teil zusammen mit Auesanden und -lehm sowie Resten einer Flugsanddecke, die in die Grundmoräne eingebettet sind. Insbesondere innerhalb von Bachtälern – dies dürfte auch im Bereich der Steinfurter Aa und damit innerhalb des Untersuchungsgebietes der Fall sein – liegen die Grundwasserstände bei max. 2 m unter Flur. Im Planänderungsbereich ist jedoch nicht mit oberflächennahem Grundwasser zu rechnen, zumal hier die Verhältnisse durch die Steinfurter Aa als maßgeblicher Vorfluter beeinflusst sein dürften. So befindet sich der Wasserspiegel dieses Fließgewässers deutlich unter Geländeniveau.

Aus hydrologischer Sicht ist festzustellen, dass innerhalb des Planänderungsbereiches keine natürlichen Oberflächengewässer existieren, weder in Form von Still- noch von Fließgewässern. Jedoch wird dieses – so wie oben schon ausgeführt – auf seiner Ostseite durch die Steinfurter Aa begrenzt, die damit auch einen wesentlichen Einfluss ausübt und die Vorflutverhältnisse bestimmt. Sie wird jedoch im Bereich des Planänderungsbereiches gemäß Gewässerstrukturkartierung als vollständig bzw. stark verändert klassifiziert (*LUA 2005, ELWAS 2022*). Die Gewässergüte wird nach der Karte von 1999 als 'mäßig belastet' bewertet (*LUA 2002*); diese Einstufung hat sich in den Jahren danach nicht grundlegend geändert. So wird der ökologischer Zustand nach wie vor als mäßig beurteilt (*ELWAS 2022*).

Dagegen sind Vorbelastungen für das Grundwasser nicht erkennbar. So wird der chemische Zustand des Grundwasserkörpers als gut bewertet (*ELWAS 2022*).

Hinsichtlich einer Bewertung für den Naturhaushalt ist aus Sicht von Grundwasser und Oberflächengewässern festzustellen, dass die Grundwasservorkommen des oberen, geringmächtigen Stockwerks im Planänderungsbereich aus landschaftsökologischer Sicht aufgrund der Flurabstände und aus Sicht eines nutzbaren Wasserdangebotes keine besondere Bedeutung aufweisen. Demgegenüber wird der unterlagernde Kluftgrundwasserleiter zur Gewinnung von Rohwasser für die Bier-/Getränkeproduktion der benachbarten Brauerei genutzt.

2.1.6 Klima und Luft

Der Planänderungsbereich wird durch kühle Sommer und relativ milde Winter sowie hauptsächlich maritime Luftströmungen als Folge zyklonaler Westwetterlagen bestimmt. Die Hauptwindrichtung innerhalb des Untersuchungsgebietes befindet sich im Sektor Südwest bis West.

Aus lokalklimatischer Sicht wird der Planänderungsbereich aufgrund seiner Lage am nördlichen Stadtrand von Burgsteinfurt entsprechend beeinflusst sein. So ist dort – bedingt durch die vorhandenen Gebäude im direkten Umfeld des Planänderungsbereiches – von einer Modifikation des bodennahen Windfeldes sowie von einer sehr geringfügigen Veränderung der Temperatur-, Feuchte- und Strahlungsbedingungen auszugehen. Entgegen der Klimatoptypenkarte des LANUV (vgl. *LANUV 2020A*), die für den Planänderungsbereich gemäß der derzeitigen Darstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Steinfurt ein Gewerbeklima ausweist, dürften hier aufgrund der Lage und tatsächlichen Nutzungssituation die klimatischen Bedingungen einer innerstädtischen Grünfläche relevant sein. Diese sind gekennzeichnet durch einen gedämpften Tagesgang von Lufttemperatur und Windgeschwindigkeit, lokale Abkühlungseffekte durch Schattenzonen und erhöhte Verdunstungsraten, Emissionsfreiheit sowie geringere thermische und bioklimatische Belastungen, wobei diese positiven Eigenschaften bei kleinen Flächen – so wie im vorliegenden Fall – eine geringe Fernwirkung aufweisen (vgl. dazu *RVR 2020*).

Auch wenn der Planänderungsbereich infolge der jüngst entstandenen Wohnbebauung nun nicht mehr Teil eines Freiraumsystems im Umfeld der Steinfurter Aa mit einer Funktion als Ventilationsbahn ist, sorgt es zumindest aufgrund seiner durch Vegetationsstrukturen geprägten Nutzung quasi als Senke dafür, dass sich Stadtklimaeffekte nicht negativ verstärken.

Aus lufthygienischer Sicht ist im Planänderungsbereich eine typische Hintergrundbelastung peripherer Stadträume innerhalb des ländlichen Raumes vorhanden. Auch dürfte die Vorbelastung bei entsprechenden Wetterlagen (Austauschermut infolge von z.B. Inversionswetterlagen) aufgrund der ausreichenden Entfernung zu verkehrsreichen Straßen unproblematisch sein. Insgesamt bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass es zu einer Grenzwertüberschreitung beispielsweise der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid und Feinstaub kommt. Aufgrund der vergleichsweise noch offenen Bebauungsstruktur – insbesondere bei nördlichen Windrichtungen – ist im Jahresmittel außerdem von einer ausreichenden Durchlüftung auszugehen. Auch das Emissionskataster des Landes NRW zeigt zwar eine vergleichsweise zu Nachbarräumen signifikant höhere Luftbelastung im Planungsraum, hervorgerufen durch die Parameter CO_2 , SO_x/SO_2 , NO_x/NO_2 sowie Gesamtstaub und Feinstaub (PM_{10}), jedoch ist dieses höhere (jedoch nicht höchste) Belastungsniveau grundsätzlich im gesamten Stadtgebiet von Steinfurt (wie übrigens auch in allen Nachbargemeinden) ausgeprägt (*LANUV 2020B*). Dieser Aspekt lässt sich damit eindeutig auf die urbane Grundbelastung innerhalb von Siedlungskörpern vergleichbarer Größenordnung zurückführen und weist keine Besonderheiten auf.

2.1.7 Landschaft

Wie das Leitbild zur Wahrung und Entwicklung des Schutzgutes Landschaft zeigt (s. dazu auch Tab. 2), ist der Schutzgedanke auf die Aspekte Freiraum, Landschaft und landschaftsgebundene Erholung, insbesondere im Außenbereich, gerichtet. Im vorliegenden Fall ist allerdings anstatt des Landschaftsbildes das Ortsbild zu analysieren.



Abb. 4: Ortsbild

Das Ortsbild im Planänderungsbereich wird in erster Linie durch Freiflächen – bestehend aus Trittrassenflächen und versiegelter Fläche (s. dazu Abb. 4) – und daneben durch die aufstehende Gebäudesubstanz in Form des Vereinshauses und einer nördlich davon befindlichen Remise geprägt. Angereichert wird diese monotone Fläche jedoch durch die randlich vorhandenen Baumreihen auf der West- und Nordseite, eine strukturreiche Hecke mit einzelnen Überhaltern auf der Südseite sowie den sich auf der Ostseite befindlichen Ufersäumen der

Steinfurter Aa, an die sich eine Streuobstfläche und waldähnliche Gehölzstrukturen auf dem gegenüberliegenden Ufer anschließen. Ebenfalls außerhalb des Planänderungsbereiches besteht eine jüngere Wohnbebauung ohne nennenswerte Grünstrukturen, die zusammen mit den zuvor genannten Gehölzen entsprechende Sichtkulissen bilden, durch die letztendlich das lokale Ortsbild definiert wird. Ausblickmöglichkeiten weit über die Grenzen des Planänderungsbereiches hinaus sind demnach nicht vorhanden.

Vorbelastungen bestehen durch einzelne höhere Industriegebäude der Rolinck-Brauerei, die allerdings insgesamt zu keiner technisch-artifiziellen Überprägung des Ortsbildes beitragen, da große Teile des Firmengeländes durch die o.g. waldähnlichen Gehölzstrukturen optisch abgeschirmt sind. Weitere Vorbelastungen wie z.B. visueller oder olfaktischer Art, die zu einer Beeinflussung des Landschaftserlebens führen könnten, sind nicht zu verzeichnen.

Im Rahmen der Bewertung wird – trotz der monotonen und naturfernen Nutzungsstruktur, bedingt u.a. durch mangelnde Vielfalt sowie der geringen Bedeutung im Hinblick auf die Eigenart der Fläche – insgesamt jedoch eine mittlere Wertigkeit attestiert. Dies ist durch die vergleichsweise ruhige Lage am Randbereich der Steinfurter Aa, die vorhandenen Gehölzstrukturen, den bisherigen Freiflächencharakter sowie insbesondere durch den begleitenden Fußweg – mit Anschlussmöglichkeiten zum freien Landschaftsraum und die damit verbundenen Erholungsmöglichkeiten – begründet.

2.1.8 Kultur- und Sachgüter

„Kulturgüter sind Gebäude, Gebäudeteile, gärtnerische, bauliche und sonstige - auch im Boden verborgene - Anlagen, wie Park- oder Friedhofsanlagen und andere vom Menschen gestaltete Landschaftsteile, die von geschichtlichem, wissenschaftlichem, künstlerischem, archäologischem, städtebaulichem oder die Kulturlandschaft prägendem Wert sind.

Sachgüter im Sinne der Betrachtung als Schutzgut im Rahmen des Umweltschutzes sind natürliche oder vom Menschen geschaffene Güter, die für Einzelne, besondere Gruppen oder die Gesellschaft insgesamt vom materieller Bedeutung sind. Dies können bauliche Anlagen sein, oder aber wirtschaftlich genutzte, natürliche regenerierbare Ressourcen, wie z.B. besonders ertragreiche landwirtschaftliche Böden" (*SCHRÖDTER ET AL. 2004*).

Schützenswerte Kulturgüter im Sinne der Definition sind im Planänderungsbereich nicht vorhanden; auch bestehen keine Denkmäler oder Bodendenkmäler.

Gleichwohl existieren aufgrund o.g. Definition vom Menschen gestaltete Landschaftsteile mit entsprechender Bedeutung. So gehört der Planänderungsbereich – wie auch sein Umfeld – gemäß des kulturlandschaftlichen Fachbeitrags zu der Kulturlandschaft Nr. 5 'Kernmünsterland' (*LWL 2013*), wobei es sowohl aus Sicht der Archäologie (zum Raum A 5.1 Laer, Borghorst, Steinfurt gehörend) als auch aus der Sicht der Denkmalpflege (zum Raum D 5.1 Steinfurt, Schöppingen, Horstmar gehörend) grundsätzlich zu einem bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich zählt, ohne jedoch für den Planänderungsbereich konkrete Elemente auszuweisen. Diese bestehen im Stadtgebiet beispielsweise in Form des Schlosses Steinfurt, des Bagno oder der Hollicher Windmühle.

2.1.9 Wirkungsgefüge und Wechselwirkungen

Die nach den Vorgaben des BauGB zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind nach *SCHRÖDTER et al. (2004)* Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den Schutzgütern des Naturhaushaltes, der Landschaft und auch des Menschen zu betrachten.

Im Planänderungsbereich sind die Beziehungen der Schutzgüter untereinander im Bereich der ehemals durch Teile der Kläranlage beanspruchten sowie heute versiegelten und überbauten Flächen – letztgenannter Anteil liegt bei etwa 33% – schon insgesamt weitreichend gestört und ihre Wechselwirkungen in diesen Bereichen teilweise aufgehoben. In den verbleibenden nicht versiegelten Freiflächen, wie z.B. den randlich gelegenen Gehölzflächen, dürften sie dagegen noch in einer typischen Art und Weise miteinander verknüpft sein, so dass dort noch eine Vielzahl natürlicher Prozesse, wie z.B. eine natürliche Bodenbildung, ablaufen.

2.1.10 Prognose des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung, d.h. bei einer Realisierung der Nullvariante, sind keine besonderen Auswirkungen auf die Schutzgüter und sonstigen Belange nach §1 Abs. 6 S. 7 BauGB, die über die heute bestehende Grund- bzw. Vorbelastung hinausgehen, zu erwarten. So dürfte auch zukünftig der Planänderungsbereich einer Nutzung seitens des Vorstädter Schützenvereins und die dafür genutzten unversiegelten Freiflächen einer mehr oder minder intensiven Pflege unterliegen. Auch für die bisher nicht genutzten Flächen in Form der randlich wachsenden Gehölze ist davon auszugehen, dass sie in ihrem Bestand nicht verändert werden. Dies gilt ebenfalls für das Vereinshaus und die Remise. Der Saum bzw. die Ufergehölze auf der Ostseite des Planänderungsbereiches dürften ebenfalls weiterhin einer natürlichen Sukzession bzw. sporadischen Pflege unterliegen, ohne dass dort zwangsläufig ein Handlungsbedarf entstünde oder eine grundsätzliche Änderung dieser Situation planerisch erwünscht wäre oder eintreten würde.

2.2 Prognose des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Umweltauswirkungen können sich grundsätzlich auf alle Schutzgüter erstrecken. Dabei sind nach § 1 Abs. 6 S.7 a, c u. d BauGB neben den Schutzgütern Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, biologische Vielfalt auch der Mensch sowie seine Gesundheit und die Bevölkerung insgesamt, die Kultur- und sonstigen Sachgüter sowie die sonstigen Belange nach § 1 Abs. 6 S.7 b, e - i und § 1a Abs. 2 u. 3 BauGB zu untersuchen.

Die oben beschriebene und zu ändernde Darstellung des FNP, der zukünftig statt einer Gewerbefläche eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz vorsieht, definiert letztendlich die planerischen Elemente, die als Verursacher unterschiedlicher umweltrelevanter Wirkungen auftreten können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der FNP derartige Konflikte zwar planerisch vorbereitet, deren tatsächliche Auswirkungen jedoch erst nach entsprechender Umsetzung, die wiederum einer Zulassung in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsphasen bedürfen, eintreten.

Im vorliegenden Fall soll eine bereits bestehende Grünfläche planungsrechtlich gesichert werden und neben der bisherigen Nutzung durch den Vorstädter Schützenverein sind lediglich weitere Detailnutzungen (z.B. in Form einer Spielplatzfläche und eines Bouleplatzes) und keine weiteren baulichen Maßnahmen vorgesehen. Insofern sind dies die Elemente, die den Rahmen zur Abschätzung möglicher schutzgutbezogener Auswirkungen – anstatt einer bisher vorgesehenen gewerblichen Nutzung – bilden. Für diese Abschätzung werden nun die zu erwartenden Wirkungen unter Berücksichtigung der Schutzgüter und der weiteren Belange ermittelt und daraus die umweltrelevanten Auswirkungen, die nachfolgend beschrieben werden, abgeleitet.

2.2.1 Beschreibung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen

Die Beschreibung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen gliedert sich in die beiden Teilbereiche

- bau-, anlage- und abrissbedingte Auswirkungen (Kap. 2.2.1.1) sowie
- weitere Auswirkungen (Kap. 2.2.1.2), in dem die Aspekte der Anlage 4, Pkt. 4c (aa - ii) UVPG berücksichtigt werden.

2.2.1.1 Bau-, anlage- und abrissbedingte Auswirkungen

Bau- und anlagebedingte Auswirkungen, die im Zuge der Realisierung einer Gewerbefläche auftreten, beziehen sich im Grundsatz auf alle Schutzgüter. So entstehen erste baubedingte Auswirkungen im Rahmen der Baufeldräumung mit der Entfernung der Vegetation, dem Abschieben des Oberbodens, der Lagerung/Zwischenlagerung von Bodenmassen etc. Dabei ist mit einer Bodenverdichtung, erhöhter Erosion und einer grundsätzlichen Gefahr der Boden- und Grundwasserverschmutzung zu rechnen und es könnten dann bereits erhebliche Auswirkungen für diese Schutzgüter zu befürchten sein. Unter Umständen sind auch angrenzende Gehölzstrukturen betroffen, wenn zu ihnen kein ausreichender Abstand eingehalten wird und es zu einer Beschädigung von Ästen, Stämmen oder des Wurzelwerkes kommt. Schließlich ist auch die benachbarte Wohnbevölkerung durch Bauprozesse, insbesondere durch Lärm, Staub, weitere Immissionen und Unruhe betroffen sowie ggf. auch Erholungssuchende.

Auch muss nach Fertigstellung einer Gewerbefläche anlagebedingt mit negativen Auswirkungen für alle Schutzgüter gerechnet werden. Diesbezüglich sind klassischerweise folgende Beeinträchtigungen zu nennen:

- Verlust von Freiraum mit Wohnumfeldfunktionen,
- Verlust von Biotopfunktionen (u.a. Lebens- und Fortpflanzungsstätten, Nahrungsflächen) durch Inanspruchnahme,
- Verlust und Beeinträchtigung der bodenökologischen Funktionen, u.a. durch Versiegelung,
- Reduzierung der Grundwasserneubildung,
- Beeinträchtigung des Einzugsgebietes von Oberflächengewässern,
- Erhöhung des Oberflächenabflusses, u.U. mit den Folgen lokaler Überschwemmungen,
- Beeinträchtigung des Wärmehaushaltes und der Wärmeregulationsfunktion von Flächen durch Neuversiegelung und Überbauung,
- Veränderung bodennaher Windströmungen mit Auswirkung auf lufthygienische und bioklimatische Ausgleichsleistungen,
- Veränderung des Ortsbildes durch zunehmende technische Prägung,
- Verlust ortsbildgliedernder und belebender Strukturelemente,
- Beeinträchtigung von Kulturgütern durch Überbauung.

Im vorliegenden Fall ist festzustellen, dass mit der vorgesehenen 85. Änderung des FNP all diese hier genannten Auswirkungen für die Schutzgüter zukünftig entfallen und der derzeitige Status-Quo aus planungsrechtlicher Sicht festgeschrieben wird – zunächst mit der FNP-Änderung und danach mit Rechtskraft für den Bebauungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar – Teil II'.

Auswirkungen für die Umwelt lassen sich demnach infolge der FNP-Änderung aus bau- und anlagebedingter Sicht nicht ableiten.

2.2.1.2 Weitere Auswirkungen

Dies gilt im Grundsatz auch für alle weiteren potenziellen Beeinträchtigungen aus dem Katalog der Anlage 4, Pkt. 4c (aa - ii) UVPG. So werden im Zuge der Änderung des FNP keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sein insbesondere im Hinblick auf die Nutzung natürlicher Ressourcen, d.h. von Fläche, Boden, Wasser, Tieren, Pflanzen und biologischer Vielfalt und deren nachhaltige Verfügbarkeit. Darüber hinaus nicht zu erwarten sind

- Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung und etwaig daraus resultierende Belästigungen,
- besonders hohe Mengen an erzeugten Abfällen, so dass zu deren Verwertung und Beseitigung keine besondere Maßnahmen erforderlich werden,
- Risiken für die menschliche Gesundheit, für Natur und Landschaft sowie für das kulturelle Erbe durch schwere Unfälle oder Katastrophen, die von Grünflächen nicht ausgehen können,
- besondere Auswirkungen im Zusammenspiel mit anderweitigen zugelassenen Vorhaben oder Tätigkeiten, auch nicht unter Berücksichtigung bestehender Umweltprobleme für ökologisch empfindliche Gebiete oder aufgrund einer Nutzung natürlicher Ressourcen,
- Auswirkungen des Vorhabens auf das Klima, da von ihm keine Treibhausgasemissionen ausgehen,
- besondere Anfälligkeiten gegenüber den Folgen des Klimawandels durch beispielsweise eine erhöhte Hochwassergefahr am Standort, wobei diesbezüglich zu konstatieren ist, dass das ÜSG der Steinfurter Aa bis an den Planänderungsbereich heranreicht,
- besondere Anfälligkeiten für die Risiken von schweren Unfällen oder Katastrophen, da diese für die Planänderung nicht relevant sind.

2.2.2 Zusammenfassung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen

Zusammenfassend ist festzustellen, dass im Zuge der 85. Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar - Teil II' keine erheblichen Umweltauswirkungen prognostiziert werden, sondern vielmehr eine Entlastung zu erwarten ist.

2.2.3 Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB

Da durch die Änderung des Flächennutzungsplans keine Eingriffe auf den Naturhaushalt mit seinen verschiedenen Schutzgütern zu erwarten sind bzw. planerisch vorbereitet werden, entfällt somit die Abhandlung der Eingriffsregelung gemäß § 1a Abs. 3 BauGB.

2.3 Aufzeigen der geplanten Maßnahmen zur Vermeidung/Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Auswirkungen

Vermeidungsmaßnahmen lassen sich in erster Linie und besonders effektiv nur auf der Ebene des Flächennutzungsplanes durch die Auswahl geeigneter Standorte, z.B. für zukünftige städtebauliche Projekte, realisieren. Im vorliegenden Fall liegt in diesem Sinne eine klassische Vermeidungsmaßnahme vor, da mit der Planänderung nun nicht mehr gewerbliche Bauflächen ausgewiesen werden, von denen in aller Regel erhebliche Auswirkungen auf Natur, Landschaft und Umwelt ausgehen werden, sondern für den Änderungsbereich nun zukünftig öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz vorgesehen ist. Damit werden im Grundsatz keine weitreichenden oder erheblichen Umweltauswirkungen planerisch vorbereitet und zukünftig erzeugt werden, sondern mögliche gravierende Beeinträchtigungen der Schutzgüter sogar von vornherein verhindert.

Konkrete Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen, die sich auf einzelne Schutzgüter beziehen, werden im Rahmen des Umweltberichts zum Bebauungsplan Nr. 42f aufgezeigt und sind für die hier vorliegende FNP-Änderung weniger relevant. Im Einzelnen werden im Umweltbericht zum Bebauungsplan nachfolgende Maßnahmen aufgezeigt:

- Entwicklung eines Baustellenmanagements mit Angaben zur Lage der Baustelleneinrichtung, zum Einsatz emissionsarmer Baumaschinen und vor allem zur Begrenzung der Bauzeit, um unnötige Störungen der benachbarten Wohnbevölkerung zu vermeiden.
- Aufnahme der Bauarbeiten außerhalb der Vogelbrutzeit und Wochenstubenphase der Fledermäuse möglichst erst ab Mitte/Ende August, um eine Auslösung artenschutzrechtlicher Konflikte zu vermeiden.
- Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften bei der Baumaßnahme zur Vermeidung einer Verschmutzung von Boden und Grundwasser z.B. durch Leckagen oder Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen.
- Berücksichtigung der einschlägigen Empfehlungen und Grundsätze des LANUV beim Anlegen der Bodendepots zur Vermeidung von Oberbodenverlusten (gem. LANUV 2020c).

2.4 Aufzeigen u.U. verbleibender erheblicher Umweltauswirkungen

Ein Verbleib erheblicher Umweltauswirkungen ist nicht relevant, da keine entstehen werden.

2.5 Darstellung anderweitig in Betracht kommender Planungsmöglichkeiten

Innerhalb einer Alternativenbetrachtung sind grundsätzlich zwei unterschiedliche Ansätze zu unterscheiden. So ist zum einen die Standortfrage, zum anderen die Ausprägung des Vorhabens am Standort selber Gegenstand der Betrachtung.

Hinsichtlich eines alternativen Standorts ist festzustellen, dass die im Bebauungsplan Nr. 42b 'Terbergerstraße / nördlicher Teil' auf dem Flurstück 403 festgesetzte, jedoch noch nicht erfolgte Umsetzung der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz nach Verkauf dieses Grundstücks durch entsprechende Ausweisung einer alternativen Fläche weiterhin planerisch verfolgt werden soll. Da die entsprechende Realisierung einer solchen Spielplatzfläche immer quartierbezogen zur Gewährleistung eines ortsnahe Angebotes erfolgen muss, stehen im räumlichen Zusammenhang außer der nun in Aussicht genommenen Fläche des Vorstädter Schützenvereins keine weiteren Alternativen zur Verfügung.

Da dort im wirksamen Flächennutzungsplan derzeit eine gewerbliche Baufläche ausgewiesen wird, wird die 85. FNP-Änderung erforderlich.

Am Standort selbst bzw. innerhalb des Planänderungsbereiches ergeben sich allerdings auch keine vielfältigen bzw. anderweitigen Planungsalternativen, bei denen insbesondere die Vermeidung von Eingriffen im Vordergrund steht. So bieten sich hier – wie bereits in einem ersten städtebaulichen Entwurf verankert – lediglich in den Randbereichen Optionen für die Anlage einer Spielplatzfläche und eines Bouleplatzes. Diese planerischen Details sind allerdings nicht auf der Ebene des FNP, sondern im Rahmen nachgelagerter Planungsprozesse zu regeln.

2.6 Beschreibung erheblicher nachteiliger Auswirkungen infolge von Unfällen, Störfällen und Katastrophen

Erhebliche nachteilige Auswirkungen als Folge von Unfällen, Störfällen und Katastrophen werden durch die Darstellungen eines FNP im Grundsatz sowieso nicht ausgelöst, da dieser allenfalls der Vorbereitung planbedingter Eingriffe dient.

Unabhängig davon wird unterstellt, dass von Grünanlagen keine derartigen Auswirkungen ausgehen. Selbst wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass im Rahmen der Nutzung durch den Schützenverein kleinere Unfälle beispielsweise verkehrs- oder nutzungsbedingter Art (z.B. Fahrzeugzusammenstöße, technische Defekte etc.) auftreten können, lassen sich daraus keine besonderen Gefährdungen oder erheblichen Beeinträchtigungen für den Menschen bzw. die Bevölkerung, die Umwelt, Natura 2000-Gebiete sowie Kultur- und Sachgüter außerhalb des Planänderungsbereiches ableiten.

Störfälle und Katastrophen können demzufolge grundsätzlich ausgeschlossen werden.

3 ZUSÄTZLICHE ANGABEN

3.1 Beschreibung von angewandten Verfahrensmerkmalen und Methoden sowie Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben

Die Methodik einer Umweltprüfung, die durch den Umweltbericht dokumentiert wird, orientiert sich grundsätzlich an der klassischen Vorgehensweise innerhalb einer Umweltverträglichkeitsstudie unter besonderer Berücksichtigung der Anlage zu § 2 Abs. 4 u. § 2a BauGB. Dabei werden die Schutzgüter und ihre Bewertungen mit den jeweiligen vorhabensspezifischen Auswirkungen und deren Wirkungsintensität in Beziehung gesetzt und die daraus resultierenden Konflikte ermittelt, dargestellt und bewertet. Diese Konflikte wiederum – sofern erheblich – steuern die Art, die Lage und den Umfang der zu entwickelnden Maßnahmen (Vermeidung, Verringerung und Ausgleich), die die zu erwartenden Probleme und damit auch deren Erheblichkeit zu lösen bzw. zu mindern haben.

Die Methode bei der Durchführung der Eingriffs-/Ausgleichsbilanz lehnt sich an die sog. Nordrhein-Westfälische Arbeitshilfe bzw. das LANUV-Verfahren 'Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW' (LANUV 2008) an.

Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben sind nicht aufgetreten.

3.2 Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung der planbedingten erheblichen Umweltauswirkungen

Planbedingte erhebliche Umweltauswirkungen werden, so wie oben dargelegt, nicht entstehen. Auch wird die Abhandlung der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung auf der nachgelagerten Ebene des Bebauungsplans bzw. des dafür aufzustellenden Umweltberichts vorgenommen. Vor diesem Hintergrund werden auch erst dort entsprechende Maßnahmen formuliert.

Vor diesem Hintergrund sind hier keine Maßnahmen zur Überwachung der planbedingten erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln und darzulegen.

3.3 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Die Stadt Steinfurt beabsichtigt die 85. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des parallel aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar – Teil II' am nördlichen Rand des Ortsteils Burgsteinfurt. Dort soll anstatt der derzeitigen Ausweisung als gewerbliche Baufläche zukünftig öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz dargestellt

werden. Der Planänderungsbereich mit einer Größe von ca. 0,472 ha befindet sich am Ortsrand am Ende der Straße 'Engelings Haar' und wird auf der Ostseite von der Steinfurter Aa begrenzt.

Die für die Bewertung der Schutzgüter relevanten fachgesetzlichen Ziele werden zu Beginn des Umweltberichts aufgezeigt.

Bezüglich der planungsrechtlichen Rahmenbedingungen ist festzustellen, dass der Planänderungsbereich im zwischenzeitlich angepassten Regionalplan Münsterland als Allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesen wird, so wie auch die gesamte südlich und westlich angrenzende Stadtfläche Burgsteinfurts. Der Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt greift diese Vorgaben im Grundsatz auf, weist jedoch den Planänderungsbereich als gewerbliche Baufläche aus, wodurch nun auch die 85. Änderung des FNP notwendig wird.

Darüber hinaus ist bedeutsam, dass sich der Flächennutzungsplan Nr. 42f nicht im Änderungsbereich eines Landschaftsplans befindet und keine weiteren Ziele aus den Fachplanungsbereichen des Abfall-, Wasser- und Immissionsschutzrechtes mit einer Ausnahme existieren. So wird ein schmaler Streifen entlang der Steinfurter Aa als Überschwemmungsgebiet ausgewiesen. Schutzgebiete in Form von Natur- und Landschaftsschutzgebieten oder Gebiete, die zur Schutzgebietskulisse Natura-2000 gehören, sind im Planänderungsbereich und auch dessen Umfeld nicht vorhanden. Auch existieren keine Naturdenkmäler. Jedoch gehört der östlich direkt angrenzende Auenbereich der Steinfurter Aa zum Biotopkataster des Landes NRW und darüber hinaus zum landesweiten Biotopverbund.

Der Planänderungsbereich befindet sich in einer Übergangszone zwischen Siedlung und Landschaftsraum und stellt sich heute als innerstädtische Frei- bzw. Grünfläche dar, die in erster Linie als Schützenplatz genutzt wird. So sind hier unterschiedlich genutzte Teilbereiche in Form eines Vorplatzes, mehrerer Gebäude (u.a. ein Vereinsheim), Rasenflächen, verschiedene Gehölzbestände in Form von Baumreihen und Heckenstrukturen sowie schließlich ein Fußweg aus wassergebundener Decke und ein breiter Saum im Böschungsbereich zur Steinfurter Aa zu nennen.

Aus Sicht der Wohn- und Wohnumfeldfunktionen weist der Planänderungsbereich keine Bedeutung auf, da dort keine Wohngebäude vorhanden sind. Auch aus Sicht der Erholung besitzt es zum überwiegenden Teil keine Funktion, da es für Erholungszwecke derzeit nicht nutzbar ist. Der östlich angrenzende Seitenweg an der Steinfurter Aa schafft allerdings eine fußläufige Verbindung zwischen Innenstadt und nördlich gelegenem Landschaftsraum und hat damit aus Sicht der Erholung eine hohe Bedeutung. Darüber hinaus sind entsprechende Freizeitmöglichkeiten zumindest für die Mitglieder des Vorstädter Schützenvereins vorhanden. Neben Schützenfesten und weiteren, ggf. auf dem Gelände stattfindenden kulturell-gesellschaftliche Veranstaltungen bestehen somit dort auch entsprechende Möglichkeiten einer aktiven Freizeitgestaltung.

Aus Sicht von Natur und Landschaft bzw. der allgemeinen Biotopfunktionen existieren im Planänderungsbereich nur wenige bedeutungsvolle Elemente. Diesbezüglich sind vor allem die beiden Baumreihen auf der West- und Nordseite sowie die Hecke am südlichen Gebietsrand hervorzuheben. Ansonsten wird der Großteil des Planänderungsbereiches als Intensivrasen oder versiegelte bzw. überbaute Fläche genutzt, die keine besonderen Biotopfunktionen übernehmen können.

Aus faunistischer bzw. artenschutzrechtlicher Sicht ist festzustellen, dass eine Nutzung des Vereinshauses als Fortpflanzungs- und Ruhestätte von Fledermäusen (z.B. Zwergfledermaus) und planungsrelevanten Vögeln (Feldsperling, Gartenrotschwanz, Star) möglich sein könnte, dass jedoch keine artenschutzrechtlich relevanten Konflikte zu erwarten sind, da mit der Änderung des Flächennutzungsplans lediglich Eingriffe planerisch vorbereitet werden, jedoch eine Genehmigung der diese Eingriffe initiiierenden Maßnahmen erst auf nachrangigen Planungsebenen erfolgt. Unabhängig davon ist von keinem Abbruch bzw. keiner Veränderung der in dieser Hinsicht entsprechend nutzbaren Gebäude und von keinem Eingriff in die Baumsubstanz auszugehen. Ebenso wenig werden essenziell bedeutsame Nahrungsflächen für Fledermäuse oder Vögel verloren gehen.

Aus Sicht des Schutzgutes Fläche ist festzuhalten, dass mit der vorgesehenen Änderung des Flächennutzungsplans ein planungsrechtlich noch nicht gesicherter Bereich entsprechend überplant wird, dabei jedoch keine Inanspruchnahme von sich im Landschaftsraum befindlicher Fläche und auch kein weiterer Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen stattfindet.

Aus Sicht des Schutzgutes Boden kommt in erster Linie ein Gley und in einem schmaleren westlichen Bereich des Planänderungsbereiches ein Grauer Plaggenesch vor. Beide Bodentypen dürften jedoch nur noch in kleinen Teilbereichen natürlich ausgeprägt sein, da es sich hier um den ehemaligen Standort der Kläranlage von Burgsteinfurt mit inzwischen zurückgebauten Betonbecken, Gebäuden etc. handelt. Heute ist zudem etwa ein Drittel der Fläche überbaut und versiegelt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die natürliche Bodenstruktur in weiten Teilen des Planänderungsbereiches deutlich gestört ist und teils durch Auffüllungsmaterial ersetzt wurde. Natürliche Bodenfunktionen sind daher stark eingeschränkt oder nicht mehr vorhanden. Eine Gefährdung für die menschliche Gesundheit gemäß BBodSchV über die Wirkungspfade Boden-Mensch oder Boden-Bodenluft-Mensch ist zudem nicht erkennbar.

Der Planänderungsbereich befindet sich aus hydrogeologischer Sicht in einem Raum, der dem Grundwasserkörper 'Münsterländer Oberkreide / Altenberger Höhenzug' zuzuordnen ist und der im Umfeld des Planänderungsbereiches vmtl. aus mergeligem bis sandigem Trümmerkalkstein besteht, der eine Wasserführung aufweist und das untere Grundwasserstockwerk darstellt. Zumeist werden diese Kreide-Formationen von Grundmoränematerial, teils mit Auesanden und -lehm überlagert. Sie bilden das obere Grundwasserstockwerk vor allem innerhalb von Bachtälern. Dort liegen die Grundwasserstände bei max. 2 m unter Flur. Somit ist festzustellen, dass das Grundwasservorkommen aus landschaftsökologischer Sicht allenfalls im unmittelbaren Umfeld der Steinfurter Aa außerhalb des Planänderungsbereiches eine gewisse Bedeutung aufweist. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist zudem eine Nutzung des unterlagernden Kluft-

grundwasserleiter u.a. als Rohwasser für die Bier- und Getränkeproduktion der benachbarten Brauerei bekannt. Insofern handelt es sich hier um ein besonders schützenswertes Schutzgut. Eine Versickerung von Oberflächenwasser ist nur im westlichen Teil des Planänderungsbereiches und dort nur unter Zuhilfenahme entsprechender Einrichtungen (z.B. Mulde-Rigolen-Systeme) möglich.

Aus Sicht der Schutzgüter Klima und Luft kann festgestellt werden, dass bioklimatische und lufthygienische Ausgleichsfunktionen im Planänderungsbereich nicht in besonderer Weise ausgeprägt sind, da dort die unbebauten Flächen weder Teil einer Ventilationsbahn sind noch eine besondere bioklimatische Ausgleichsleistung für benachbarte Siedlungsflächen übernehmen können. Gleichzeitig ist jedoch zu konstatieren, dass von dort keine entsprechenden Belastungen für das Siedlungsklima ausgehen und dass sich die bioklimatische und lufthygienische Situation als relativ unbelastet darstellt.

Aus Sicht des Schutzgutes Landschaft ist festzuhalten, dass trotz der insgesamt monotonen und naturfernen Nutzungsstruktur dem Ortsbild eine mittlere Wertigkeit attestiert wird. Dies ist begründet durch die vergleichsweise ruhige Lage am Randbereich der Steinfurter Aa, die vorhandenen Gehölzstrukturen, den bisherigen Freiflächencharakter sowie insbesondere den begleitenden Fußweg mit Anschluss an den freien Landschaftsraum und den dortigen Erholungsmöglichkeiten.

Kulturgüter, schützenswerte Sachgüter und aus historischer Sicht wertvolle und erhaltenswerte Landschaftsteile sind nicht vorhanden. Auch existieren keine Bau- bzw. Bodendenkmäler.

Im Rahmen der Konfliktanalyse wurde festgestellt, dass im Zuge der Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich des Bebauungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar - Teil II' keine erheblichen Umweltauswirkungen zu prognostizieren sind, da keine zusätzliche Überbauung und Neuversiegelung vorgesehen ist, sondern im Gegenteil eine bisher mögliche gewerbliche Bebauung nun zugunsten von Grünfläche aufgegeben wird. Damit kann eine Vielzahl von Auswirkungen auf Natur, Landschaft und Umwelt vermieden werden.

Im Sinne von Vorsorge wurden jedoch innerhalb des Umweltberichts zum Bebauungsplan verschiedene Maßnahmen genannt (s. dort); es handelt sich dabei um die

- Entwicklung eines Baustellenmanagements,
- Aufnahme der Bauarbeiten außerhalb der Vogelbrutzeit und Wochenstubenphase der Fledermäuse,
- Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften bei der Baumaßnahme zur Vermeidung einer Verschmutzung von Boden und Grundwasser sowie
- Berücksichtigung der einschlägigen Empfehlungen und Grundsätze des LANUV beim Anlegen der Bodendepots zur Vermeidung von Oberbodenverlusten.

In dem abschließenden Teil des Umweltberichts finden sich Angaben zur Methodik und zu etwaigen Schwierigkeiten bei der Unterlagenzusammenstellung. Maßnahmen zum Monitoring entfallen, da eine derartige Überwachung nicht erforderlich wird.

3.4 Aufzeigen der Referenzliste und verwandten Quellen

Bezirksregierung Münster (2014):

Regionalplan Münsterland. Bezirksregierung Münster - Regionalplanungsbehörde (Hrsg.), Münster

ELWAS (2022):

Fachinformationssystem ELWAS - Elektronisches wasserwirtschaftliches Verbundsystem für die Wasserwirtschaftsverwaltung in NRW. Unter: <http://www.elwasweb.nrw.de/elwas-web/index.jsf>, abgerufen am 06.12.2019

Kaiser, M. (2021):

Erhaltungszustand und Populationsgröße der planungsrelevanten Arten in NRW. Stand 14.06.2018. – Homepage der LANUV: Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen. Unter <http://naturschutz-informationen-nrw.de/artenschutz/de/downloads>, abgerufen am 16.08.2022

Kiel, E.-F. (2007):

Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen. Vorkommen, Erhaltungszustand, Gefährdungen, Maßnahmen. – Düsseldorf (Selbstverlag MUNLV), 257 S.

LANUV – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (2008):

Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW. Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Recklinghausen

LANUV – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (2018):

Linfos – Landschaftsinformationssystem für das Land Nordrhein-Westfalen. Unter: http://www.gis6.nrw.de/osirisweb/ASC_Frame/portal.jsp, abgerufen am 16.08.2022

LANUV – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (2020a):

Fachinformationssystem Klimaanpassung. Unter: <http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/index.html?eld=Analyse¶m=Klimatopkarte>, abgerufen am 08.08.2022

LANUV – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (2020b):

Online-Emissionskataster Luft NRW. Unter: <https://www.ekl.nrw.de/ekat/>, abgerufen am 08.08.2022

LANUV – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (2020c):

Lagerung von Bodenmaterial - Vorgaben für eine fachgerechte Lagerung von Boden. Unter: https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/bodenschutz_und_altlasten/bodenschutz_beim_bauen/beim_bauen/abtrag_und_lagerung_von_bodenmaterial/lagerung_von_bodenmaterial/, abgerufen am 08.08.2022

LUA (2002):

Gewässergütebericht 2001 Nordrhein-Westfalen. Berichtszeitraum 1995 – 2000, Herausgegeben vom Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen, Essen

LUA - Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen (2005):

Gewässerstrukturgütekarte des Landes Nordrhein-Westfalen - M 1 : 300.000

LWL - Landschaftsverband Westfalen (2013):

Kulturlandschaftlicher Fachbeitrag zum Regionalplan Münsterland - Regierungsbezirk Münster, Kreis Borken, Kreis Coesfeld, Kreis Steinfurt, Kreis Warendorf, Stadt Münster. Erarbeitet durch LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen, Münster

MKULNV (2010):

Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben. Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, Düsseldorf

RVR Regionalverband Ruhr (2020):

Klimaanalyse Stadt Dortmund.- 265 S. Online unter: https://www.dortmund.de/media/p/klimaschutz/klimafolgenanpassung_bilder/p_6/Klimaanalyse_Stadt_Dortmund_Oktober-2019_WEB.pdf), abgerufen am 12.08.2022

Schrödter, W., Habermann-Nieße, K. & Lehmberg, F. (2004):

Umweltbericht in der Bauleitplanung. Arbeitshilfe zu den Auswirkungen des EAG Bau 2004 auf die Aufstellung von Bauleitplänen. Bonn

Stadt Steinfurt (2000):

Flächennutzungsplan der Stadt Steinfurt. Stand 2000, Steinfurt

Stadt Steinfurt (2022):

85. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 42f 'östlich Engelings Haar - Teil II'. Zeichnerische Darstellung und Begründung, Steinfurt

Uppenkamp und Partner (2018a):

Schallechnische Untersuchung im Rahmen der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 46 'Niedermühle'. Unveröff. Gutachten im Auftrag der Stadt Steinfurt, Schallimmissionsschutzprognose, Bericht Nr. 05 0417 17 vom 07.06.2018, Ahaus

Uppenkamp und Partner (2018b):

Immissionsschutz-Gutachten - Geruchsimmissionsprognose im Rahmen der 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 46 'Niedermühle'. Unveröff. Gutachten im Auftrag der Stadt Steinfurt, Immissionsprognose, Bericht Nr. 04 0416 17 vom 06.08.2018, Ahaus

Wessling Beratende Ingenieure GmbH (2022):

Gutachten – Stadt Steinfurt: Bodenuntersuchung der geplanten Spielplatzfläche Engelings Haar. Unveröff. Gutachten im Auftrag der Stadt Steinfurt, Projekt-Nr.: CAL-21-0257 vom 08.04.2021, Altenberge